

Afghanistan kontrovers

Erst Aufbau, dann Abzug!

Niels Annen MdB

Außenpolitik kann man nicht auf dem Marktplatz von Goslar machen!“ Dieser Vorwurf war an Gerhard Schröder gerichtet, der dort sein Nein zum Irakkrieg vorgetragen hatte. Die Union tobte. Sie sah das deutsch-amerikanische Verhältnis, vor allem aber ihren Wahlsieg in Gefahr. Wenig später konnte man von Frau Merkel in der Washington Post lesen, Schröder spräche nicht für alle Deutschen.

Heute ist klar, dass die Entscheidung richtig gewesen ist. Sie hat uns aus einem blutigen Krieg herausgehalten und unseren außenpolitischen Spielraum erweitert. Aber nur selten wird davon gesprochen, dass dem eine schwierige Festlegung vorausging: Die Beteiligung am Kampf in Afghanistan. Schröder wusste, dass diese Entscheidung weitreichende Konsequenzen haben würde und hat sie mit seiner Kanzlerschaft verknüpft.

Heute gibt es Abgeordnete der Union, die vergessen machen möchten, dass sie damals zugestimmt haben. Diejenigen, die damals für deutsche Soldaten im Irak getrommelt haben, sind nicht mehr aufzufinden, wenn es um die mühsame Aufbauarbeit in Afghanistan geht. Je näher der Wahltermin rückt, desto vernehmlicher wird bei der Union der Wunsch, selber einmal ein außenpolitisches Thema auf dem Marktplatz von Goslar zur Sprache zu bringen. Zu verlockend die Aussicht, sich zum Sprecher der 65 Prozent der Bevölkerung zu erklären, die Umfragen zufolge für einen sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan sind. Das es sich dabei vor allem um Abgeordnete der CSU handelt, ist bemerkenswert. Ist doch Bayern das Land, das bis heute nicht einen einzigen Polizeibeamten nach Afghanistan abgestellt hat.

Es gehört inzwischen zum Standardrepertoire eines jeden Kommentars, von der Politik zu fordern, sie müsse „besser erklären, warum wir in Afghanistan sind“. Betrachten wir die Große Koalition, so fällt auf, dass die Bereitschaft, über Afghanistan zu reden, sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Während Steinmeier insgesamt 13 Tage bei Besuchen in Afghanistan verbrachte, hat die Bundeskanzlerin mit 2 Tagen gerade mal ihre Pflicht erfüllt. Während eine Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion zwei

umfangreiche Berichte vorgelegt hat, ist von der Union nichts Vergleichbares überliefert. Und während die SPD auf ihrem Bundesparteitag in Hamburg zur Primetime strittig über Afghanistan diskutiert hat, versuchte die Kanzlerin unter dem Radar zu bleiben.

Afghanistan steht am Scheideweg. Vieles ist erreicht worden. Es gibt eine gewählte Regierung, die Ausbildungslager der al-Quaida sind zerstört und eine eigene afghanische Armee und Polizei befinden sich im Aufbau. 3.500 Schulen wurden errichtet, in denen sechs Millionen Jungen und Mädchen unterrichtet werden. Dennoch ist die Lage kritisch. Die Regierung Karzai ist korrupt, der Drogenhandel hat ungeahnte Dimensionen angenommen und die Taliban und andere bewaffnete Gruppen sind wieder in der Offensive. Auch die internationale Gemeinschaft hat Fehler gemacht. Die Koordination ist ungenügend und es mangelt an klaren Prioritäten. Der Aufbau der Polizei ist, im Gegensatz zur Armee, eine große Enttäuschung. Und der „Kampf gegen den Terror“ hat viele unschuldige Todesopfer gefordert.

Wenn die Menschen ein Thema bewegt, ist die Politik schlecht beraten zu schweigen. Das war richtig, als es um den Irakkrieg ging, und es ist richtig, wenn wir über Afghanistan sprechen. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, jeder Abgeordnete muss seine Entscheidung begründen können. Und da fangen die Schwierigkeiten für die Union an. Denn sie kann nicht begründen, warum sich Deutschland in einer Phase aus Afghanistan zurückziehen sollte, in der die neue amerikanische Regierung sich auf uns zubewegt. Präsident Obama hat eine Überprüfung angeordnet und Konsequenzen gezogen: Der Oberbefehlshaber wurde gefeuert, die Anzahl der Luftangriffe reduziert, ebenso wie die zivile Hilfe. Steinmeier hatte schon während unserer G-8-Präsidentschaft für eine regionale Strategie geworben, heute findet dieser Dialog statt – unter Einschluss der USA.

Eine Erfolgsgarantie ist das nicht, aber jeder, der wie ich möchte, dass Afghanistan nach dreißig Jahren Krieg eine faire Chance erhält, sollte sich fragen, was wir tun können, damit dieser Einsatz ein Erfolg wird. Denn je schneller wir beim Aufbau des Landes vorankommen, desto schneller können wir abziehen. Diese Botschaft kann jeder verstehen. Im Deutschen Bundestag und auf den Marktplätzen dieser Republik.